

- 2 **NWI Corona** – Bessere Luft, aber mehr Ungleichheit
- 4 **Corporate Governance** Weniger Bilanzkosmetik durch Mitbestimmung
- 6 **I.M.U.-Branchenmonitor** Reisebranche in Not
- 7 **Betriebsräte** Ostdeutschland holt auf

KONJUNKTUR

Kinderbonus wirkt stärker als Steuersenkung

Ein höherer Kinderbonus und mehr Kurzarbeitergeld würden die Konjunktur stärker stützen als die Mehrwertsteuersenkung, zeigt eine Untersuchung des IMK.

Von der Senkung der Mehrwertsteuer bis Ende 2020 dürfte nur ein relativ schwacher Impuls auf privaten Konsum und Konjunktur in Deutschland ausgehen. Größere Effekte hätte die Bundesregierung erzeugen können, wenn die Mittel in einen höheren Kinderbonus oder eine stärkere Aufstockung des Kurzarbeitergeldes geflossen wären. Das zeigen laut IMK die Ergebnisse einer Umfrage unter gut 6300 Erwerbstätigen. Knapp 75 Prozent der im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung Befragten gaben Ende Juni an, trotz Mehrwertsteuersenkung ihr Konsumverhalten im zweiten Halbjahr 2020 nicht verändern zu wollen. Dagegen erklärten fast 80 Prozent, sie würden bei einer Einmalzahlung wie dem Kinderbonus ihren Konsum erhöhen.

Zudem zeigt sich in der Umfrage, dass Menschen, die ohne Aufstockung des Kurzarbeitergeldes in Kurzarbeit sind, ihre Ausgaben häufiger reduziert haben als andere Befragte – eine finanzielle Besserstellung würde daher nach Einschätzung der Studienautoren Sebastian Dullien und Jan Behringer ebenfalls spürbar positiv wirken. „Eine andere Gewichtung der Maßnahmen im Konjunkturpaket – etwa ein höherer Kinderbonus oder eine großzügigere Aufstockung des Kurzarbeitergeldes – hätte nach diesen Ergeb-

nissen zu einem größeren konjunkturellen Impuls geführt“, schreiben die Wissenschaftler – und raten zu einem anderen Maßnahmen-Mix, falls weitere Konjunkturpakete nötig werden.

Rund 20 Milliarden Euro wird die vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer kosten. Das ist knapp die Hälfte des aktuellen Konjunkturpakets. 4,3 Milliarden sind für den Kinderbonus von 300 Euro pro Kind vorgesehen, der im September und Oktober ausgezahlt wird. Davon profitieren vor allem Familien mit niedrigeren und mittleren Einkommen, weil der Bonus bei höheren Einkommen mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag verrechnet, nicht aber auf die Grundsicherung angerechnet wird, so die IMK-Forscher. <

Quelle: Jan Behringer, Sebastian Dullien: Wie effektiv sind Mehrwertsteuersenkung und Kinderbonus im Konjunkturpaket? IMK Policy Brief Nr. 97, August 2020 [Download](#)

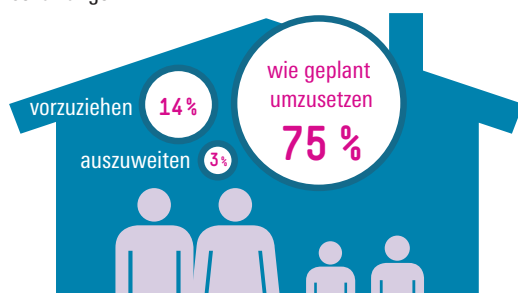


MEHR INFOS IM PODCAST

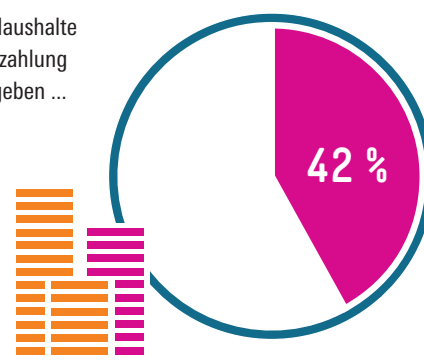
<https://www.boeckler.de/de/podcasts-22421-Systemrelevant-podcast-wie-viel-bringt-die-Mehrwertsteuersenkung-25956.htm>

Steuersenkung ändert wenig, Einmalzahlung wirkt

Infolge der Mehrwertsteuersenkung planen Haushalte im Juni 2020, Anschaffungen ...



So viel würden Haushalte von einer Einmalzahlung unmittelbar ausgeben ...



Corona: Bessere Luft, aber mehr Ungleichheit

Dem Einbruch der Wirtschaftsleistung durch Corona steht eine verringerte Umweltbelastung gegenüber. Unter dem Strich dürfte der Wohlstand sinken.

Wohlstand ist mehr als Wachstum, auch soziale und ökologische Aspekte zählen. In dieser Hinsicht sind die Folgen der Corona-Pandemie zwiespältig: Einerseits ist die Umweltbelastung etwa durch weniger Verkehr zurückgegangen. Andererseits ist damit zu rechnen, dass die Ungleichheit der Einkommen zugenommen hat. Unter dem Strich dürfte der Wohlstand in Deutschland gesunken sein, erwarten Wissenschaftler, die im Auftrag des IMK regelmäßig den Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) für Deutschland berechnen. Der NWI werde im Jahr 2020 eine negative Entwicklung aufweisen, wenn auch sehr wahrscheinlich in geringerem Maß als das Bruttoinlandprodukt (BIP), heißt es in ihrer Analyse. Die Ergebnisse widersprechen der in der öffentlichen Debatte gelegentlich geäußerten These, dass die durch die Coronakrise ausgelöste Schrumpfung der Wirtschaft den Weg aufzeige zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise ohne Wohlstandsverluste.

In die Berechnungen von Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser und Hans Diefenbacher vom Institut für Interdisziplinäre Forschung gehen 20 Einzelkomponenten ein, die zusammen den NWI ergeben. Da in den NWI auch Variablen zur Umweltbelastung und zur sozialen Situation in Deutschland einfließen, zeigt er ein umfassenderes Bild von Wohlstand als das BIP, das lediglich marktvermittelte Wertschöpfung abbildet. Aktuelle Werte für den NWI für 2020 liegen zwar noch nicht vor. Aber bei vielen Einzelindikatoren ist bereits absehbar, in welche Richtung sie sich bewegen werden. So dürfte die Ungleichheit der Einkommen zugenommen haben, weil Geringverdiener infolge des Lockdowns häufiger Einbußen erlitten. Ein Grund: Sie arbeiten oft in Berufen, in denen eine Verlagerung ins Homeoffice gar nicht oder sehr viel schwerer möglich ist. Hinzu kommt die gestiegene Arbeitslosigkeit. Kapitaleinkommen sind den Forschern zufolge dagegen weniger von der Krise betroffen – die Börsenkurse erholen sich beispielsweise bereits wieder.

Der private Konsum, eine weitere wichtige Wohlstandskomponente bei der Berechnung des NWI, wird in diesem Jahr krisenbedingt erheblich geringer ausfallen als im Vorjahr. Das IMK rechnet mit einem Rückgang von rund fünf Prozent. Negativ wirkt sich die Krise auch auf das soziale Engagement aus. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens, die beispielsweise die Arbeit in Vereinen zeitweise zum Erliegen brachten, dürften den im NWI berücksichtigten Umfang der ehrenamtlichen Arbeit reduzieren.

In den NWI geht, im Gegensatz zum BIP, nicht nur die gegen Geld erfolgte Wertschöpfung ein, sondern auch der „Wert der Hausarbeit“. Und dieser dürfte im laufenden Jahr zugenommen haben, weil sich viele Aktivitäten während des Lockdowns „von der Sphäre formellen Wirtschaftens in die informelle Sphäre“ verschoben haben. Die Menschen waren nicht untätig, sondern haben anstelle von Erwerbs-

arbeit oft verstärkt häusliche Aufgaben erledigt und angesichts geschlossener Schulen und Kitas viel mehr Zeit in die Kinderbetreuung investiert. Schon weil dies berücksichtigt wird, dürfte der mit dem NWI gemessene Wohlstand weniger zurückgehen als das nur auf dem BIP basierende Wirtschaftswachstum.

Umweltbelastung und Verkehrsunfälle zurückgegangen

Andere Faktoren ergänzen das BIP nicht nur, sondern fließen bei der Berechnung des NWI sogar mit umgekehrtem Vorzeichen ein. Zum Beispiel die gesunkenen Kosten des Pendelverkehrs: weniger Stress, Zeitverlust, Energieverbrauch, Umweltbelastung. Besonders drastisch zeigt sich der Unterschied am Beispiel der Verkehrsunfälle, deren Zahl im März und April um 23 beziehungsweise 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist. Auf den NWI wirkt sich dies positiv aus, beim BIP schlagen die ausbleibenden Ausgaben für Rettungseinsätze und Autoreparaturen negativ zu Buche.

Als wohlstandssteigernd werden im NWI zunehmende öffentliche Ausgaben in bestimmten Bereichen verbucht. Das gilt etwa für steigende Gesundheitsausgaben durch die personelle Aufstockung der Gesundheitsämter.

Positiv wird sich nach Ansicht der Wissenschaftler aber vor allem die verringerte Umweltbelastung auswirken. Ersten Untersuchungen zufolge ist etwa der Stromverbrauch von Ende April bis Anfang Juli um beinahe 10 Prozent gesunken. Die täglichen CO₂-Emissionen lagen Anfang April weltweit um 17 Prozent unter dem Wert von 2019. Und „mit den geringeren Emissionen sinken auch die im NWI veranschlagten Schadenskosten, die wohlfahrtsmindernd wirken“, so die Wissenschaftler.

Bei einigen anderen NWI-Komponenten trauen sich die Forscher keine Prognose für das aktuelle Jahr zu. Ob zum Beispiel die durch Kriminalität verursachten gesellschaftlichen Kosten sinken oder zunehmen oder ob die „gesellschaftlichen Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen“ höher oder niedriger ausfallen werden als im vergangenen Jahr, ist noch nicht abzusehen.

Bis Corona ging es bergauf

Das neueste bereits vollständig ausgewertete Jahr ist 2018. Hier liegen nun alle Daten vor und es zeigt sich: Bis dahin ist der Wohlstand laut NWI zum fünften Mal in Folge gestiegen. Maßgeblich dafür waren stetig zunehmende Konsumausgaben – getrieben von steigenden Löhnen –, ein sinkender Energieverbrauch, weniger Treibhausgas-Emissionen, eine „leichte Verringerung“ der Einkommensungleichheit sowie gestiegene Ausgaben für Bildung und Gesundheit. Von 2017 bis 2018 ist der Wohlstand in Deutschland nach NWI-Kriterien damit um 40 Milliarden Euro gewachsen, wovon 17 Milliarden den Umweltkomponenten zuzuschreiben sind.

Die vorliegenden NWI-Werte reichen zurück bis 1991. Von der Jahrtausendwende bis 2013 hat sich der Index beinahe durchgängig schlechter entwickelt als das BIP. Erst seit 2014 steigen beide Indikatoren im Einklang. 2019 dürfte sich der Anstieg noch fortgesetzt haben, erwarten die Wissenschaftler. 2020 rechnen sie mit Wohlstandsverlusten. „Festgehalten werden“ könne „aber schon heute, dass der NWI – obwohl er weit davon entfernt ist, alle Folgen der Pandemie abzubilden – besser zum Nachzeichnen ihrer vielfältigen Wirkungen in der Lage ist als das BIP“. Und auch die Frage, inwieweit nun das Umsteuern im Sinne der sozial-ökologischen Transformation gelingt, lasse sich durch den NWI wesentlich genauer erkennen. Denn: „Eine erweiterte Wohlfahrtsperspektive, wie sie der NWI anbietet, macht deutlich, dass neben der – unbestritten wichtigen – wirtschaftlichen Erholung weitere Ziele berücksichtigt werden müssen: bei-

spielsweise die Verringerung oder wenigstens Stabilisierung der Einkommensungleichheit und die Verbesserung der Umweltsituation, insbesondere zum Schutz des Klimas.“ <

Quelle: Benjamin Held, Dorothee Rodenhäuser, Hans Diefenbacher: NWI 2020 – Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wohlfahrt, IMK Policy Brief Nr. 96, August 2020



MEHR INFOS IM VIDEO

Der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) zeigt ein umfassenderes Bild von Wohlstand als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Wie sich der Index zusammensetzt, zeigt das Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=czDKxYmX3so&feature=youtu.be>

Wie Corona auf den Wohlstand wirkt: Gemischte Bilanz

So werden sich verschiedene Wohlstandskomponenten 2020 voraussichtlich entwickeln ...

KOMPONENTE			
1.	Einkommensverteilung	●	
2.	privater Konsum	●	
3.	Wert der Hausarbeit	●	
4.	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	●	
5.	öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	●	
6.	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	●	
7.	Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	●	
8.	Kosten durch Verkehrsunfälle	●	
9.	Kosten durch Kriminalität	?	
10.	Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum	●	
11.	Gesellschaftl. Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	?	
12.	Kosten durch Wasserbelastungen	●	
13.	Kosten durch Bodenbelastungen	●	
14.	Kosten durch Luftverschmutzung	●	
15.	Kosten durch Lärmbelastung	●	
16.	Gewinn/Verlust durch Biotopflächenänderungen	●	
17.	Gewinn/Verlust durch Änderung landwirtschaftlicher Fläche	?	
18.	Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger	●	
19.	Kosten durch Treibhausgasemissionen	●	
20.	Kosten der Atomenergienutzung	●	
=	NATIONALER WOHLFAHRTSINDEX (NWI)	●	

● positiv
 ● negativ
 ● unverändert
 ? unklar

Weniger Bilanzkosmetik durch Mitbestimmung

Unternehmen mit starker Mitbestimmung betreiben seltener Steuervermeidung und nutzen seltener Spielräume zur Bilanzausgestaltung aus.

Wenn Arbeitnehmer im Aufsichtsrat mitbestimmen, wird in Unternehmen weniger getrickst. Die mitbestimmten Firmen nutzen seltener legale Spielräume in Bilanzierungsregeln aus, um beispielsweise ihre Gewinnsituation kurzfristig besser darzustellen, als das vergleichbare Firmen mit schwacher oder ohne Mitbestimmung tun. Auch beim Thema Steuervermeidung sind sie im Durchschnitt zurückhaltender. Das zeigt eine Studie von Forschern der Universität Duisburg-Essen um Marc Eulerich. Die Wissenschaftler haben Daten von mehreren Hundert börsennotierten Unternehmen über einen Zeitraum von zwölf Jahren ausgewertet. „Mitbestimmung führt zu einer geringeren Ausnutzung von Bilanzierungs- und Steuergestaltungsspielräumen“, resümieren die Wissenschaftler, „was mit einer besseren langfristigen Performanz verbunden ist“. Denn Unternehmen, die Spielräume bei der Bilanz- und Steuergestaltung exzessiv ausnutzen, weisen lediglich kurzfristig eine höhere Profitabilität aus. Nach spätestens drei bis vier Jahren sinkt ihre Rentabilität unter das Niveau der Firmen, die weniger offensiv vorgehen. Zumal den vermeintlichen Vorteilen erhebliche Risiken gegenüberstehen: „Je aggressiver Steuern vermieden oder Bilanzspielräume ausgenutzt werden, desto höher ist die Gefahr von Sanktionen.“ Zudem leide das Vertrauen von Anlegern und Gläubigern, wenn beispielsweise Bilanzen korrigiert werden müssen, schreiben die Ökonomen in ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Untersuchung. „Somit unterstreicht diese Studie, dass starke Mitbestimmung zu einer verantwortungsbewussten und weitsichtigen Unternehmensführung beiträgt.“

Bilanzskandale bei Unternehmen sorgen immer wieder für Schlagzeilen, so wie jüngst beim Finanzdienstleister Wirecard oder vor Jahren die Manipulationen beim US-Energiekonzern Enron, die tausende Arbeitsplätze und Milliarden Euro an Anlagekapital vernichteten. Jenseits von offenem Betrug ist die Abgrenzung zwischen illegalen Praktiken und dem Ausreizen von legalen Gestaltungsmöglichkeiten in Bilanzvorschriften und Steuergesetzen auch für hochqualifizierte Experten nicht selten eine Gratwanderung. Die bilanzielle „Optimierung“, die legale Spielräume in den Gesetzen nutzt, um kurzfristig Gewinne aufzupeppen oder zeitlich und räumlich so zu verlagern, dass Steuerzahlungen gedrückt werden, ist in einigen Unternehmen gang und gäbe. Zu den bekannten Praktiken zählt zum Beispiel der legale Transfer von Gewinnen in Offshore- und sonstige Niedrigsteuergelände.

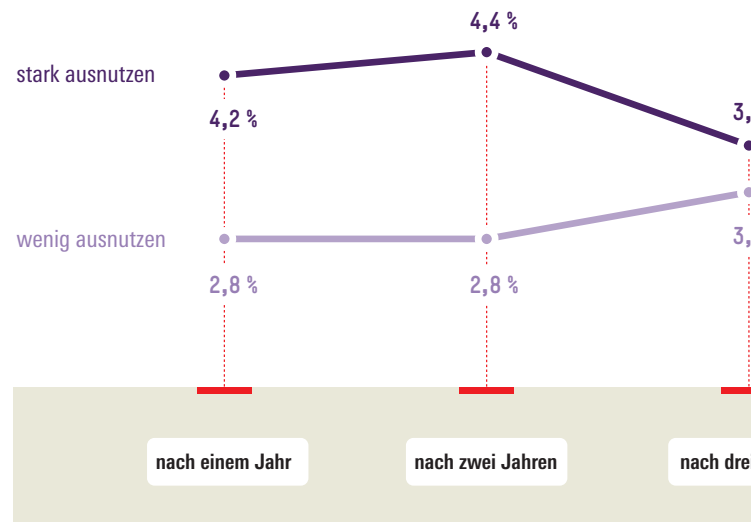
Beschäftigte wollen nachhaltigen Erfolg

Die internationale Forschung, welche die Wissenschaftler ausgewertet haben, zeigt, dass vor allem kurzfristig orientierte Anteilseigner ein Interesse daran haben, Ergebnisse über Bilanzgestaltung zu schönen, weil „der höhere Gewinn eine höhere Dividende ermöglicht und gleichzeitig zu

Kursgewinnen führt“. Auch Manager könnten davon kurzfristig über höhere Boni profitieren, schreiben die Ökonomen. Zwar kehre sich der Boost via Bilanzgestaltung in den Folgejahren regelmäßig ins Gegenteil um. Bis dahin sind kurzfristig orientierte Aktionäre wie Hedgefonds aber oft längst wieder ausgestiegen. Weniger populär seien solche Kniffe und insbesondere die Suche nach Steuerschlupflöchern bei Familienunternehmern sowie in Firmen, an denen der Staat beteiligt ist.

Mit solider Bilanzierung langfristig erfolgreich

So hoch war die Gesamtkapitalrentabilität* bei Unternehmen, die Bilanzierungsspie



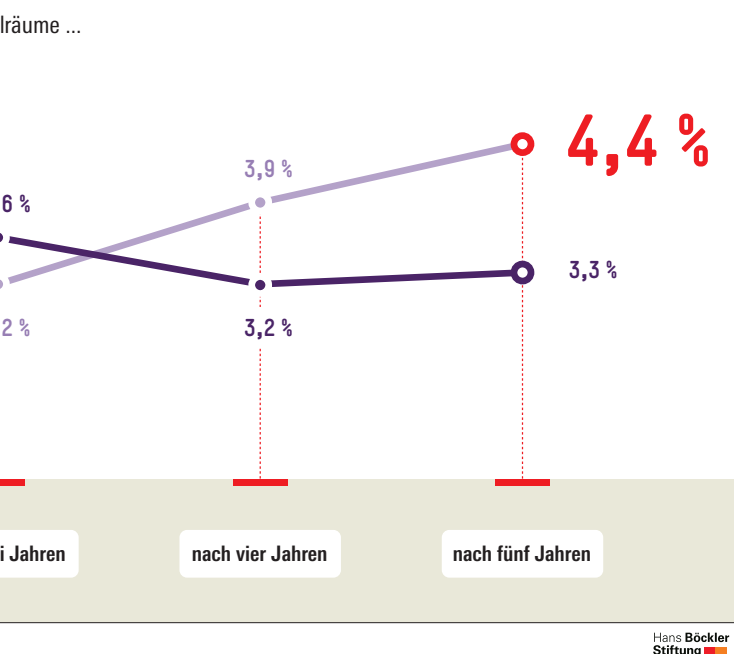
* Gewinn im Verhältnis zur Bilanzsumme Quelle: Eulerich, Fligge 2020

Die „normalen“ Beschäftigten hätten kein Interesse daran, dass ihr Unternehmen „aggressive Berichterstattung“ betreibt, konstatieren die Wissenschaftler. Wer fest bezahlt wird und auf Dauer auf seine Arbeitsstelle angewiesen ist, habe von aufpolierten Gewinnen wenig bis keinen Vorteil, eine Destabilisierung des Unternehmens könne aber drastische Folgen haben. Die langfristige Perspektive der Beschäftigten ist für die Ökonomen auch die zentrale Erklärung für ihr Ergebnis, dass stärker mitbestimmte Unternehmen deutlich häufiger auf „aggressive“ Bilanzgestaltung und Steuervermeidung verzichten. „Statt kurzfristig Gewinne durch risikoreiche Bilanzierungspraktiken zu erhöhen, berichten Unternehmen mit starker Mitbestimmung eher konservativ und erzielen deshalb langfristig höhere Gewinne“, betonen die Forscher der Universität Duisburg-Essen.

Für die neue Studie haben die Ökonomen Daten von Unternehmen untersucht, die zwischen 2006 und 2017 im

deutschen Börsenindex Composite Dax (CDax) gelistet waren und deren Verhalten bei Bilanzierung und Steuerzahlung sich über mehrere Jahre identifizieren ließ. Nicht für alle CDax-Mitglieder waren die notwendigen Daten verfügbar, trotzdem konnten die Wissenschaftler über Datenbanken und die Auswertung von Geschäftsberichten große Stichproben realisieren: Die Bilanzierungsstrategie konnte bei 405 Unternehmen durchleuchtet werden, das Verhalten in puncto Steuervermeidung bei 317.

Zur Abgrenzung von unterschiedlichen Bilanzierungs- und Steuerstrategien orientierten sich die Wissenschaftler an gängigen betriebswirtschaftlichen Modellen zur Bilanzanalyse. Ob die Verankerung der Mitbestimmung in den untersuchten Unternehmen über- oder unterdurchschnittlich stark ist, bestimmten sie über den am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung entwickelten Mitbestimmungsindex MB-ix. Er verzeichnet unter anderem für



jedes Unternehmen, wie viele Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen sitzen, wie stark die formellen Einflussmöglichkeiten des Kontrollorgans sind oder ob es einen europäischen Betriebsrat gibt. Als stark mitbestimmt werden in der Untersuchung Unternehmen bezeichnet, wenn sie im Vergleich zur Gesamtgruppe eine überdurchschnittlich stark verankerte Mitbestimmung haben, und als schwach mitbestimmt, wenn sie unterdurchschnittlich ist.

Mitbestimmte Unternehmen spielen fair

Die Analyse zeigt deutliche Zusammenhänge zwischen Mitbestimmung und Steuerzahlungen von Unternehmen. Stark mitbestimmte Unternehmen haben im Untersuchungszeitraum deutlich höhere Steuerzahlungen als Firmen mit wenig oder ohne Arbeitnehmerbeteiligung geleistet. Bei den Steuerzahlungen beträgt die Differenz zwischen beiden Gruppen durchschnittlich gut vier Prozentpunkte im Un-

tersuchungszeitraum zwischen 2006 und 2017. Die Unterschiede sind aus Sicht der Forscher besonders bedeutsam, weil kein größeres Unternehmen freiwillig „mehr als nötig“ Steuern bezahlen dürfte und sich überall Profis um das Thema kümmern. Wer die Steuerzahlungen nennenswert unter den Durchschnitt drücken wolle, müsse dazu also eher auch zu „aggressiver“ Steuervermeidung bereit sein.

Ein weiterer Indikator für das Ausmaß legaler Steuervermeidung sind Abweichungen zwischen der Handels- und der Steuerbilanz. Sehr vereinfacht gesagt, zeigen sie, in welchem Maße Unternehmen versuchen, Gewinne legal an der Steuer vorbei zu schleusen. Es wird deutlich, „dass auch bei dieser Messung stark mitbestimmte Unternehmen weniger aggressiv wirken als Unternehmen mit schwächerer Mitbestimmung. Über die meisten Jahre ist auch hier ein klarer Unterschied zwischen beiden Gruppen erkennbar“, schreiben die Wissenschaftler.

Wenn es darum geht, Gewinne durch Nutzung von Bilanzierungsspielräumen kurzfristig legal „aufzupumpen“, verhalten sich stark mitbestimmte Firmen nach Analyse der Forscher ebenfalls zurückhaltender. Die Berechnungen zeigten, dass Unternehmen mit unterdurchschnittlicher Mitbestimmung „häufiger Bilanzierungsspielräume ausnutzen, um die wirtschaftliche Lage besser darzustellen, als sie tatsächlich ist“.

Nur kurzfristig profitabler bei aggressiver Bilanzgestaltung

Abschließend haben die Betriebswirtschaftler untersucht, wie die untersuchten Unternehmen über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich abgeschnitten haben. Dazu ermittelten sie die Gesamtkapitalrentabilität (Return on Assets, ROA). Diese gibt den Gewinn als Prozentanteil der Bilanzsumme von Unternehmen an und wird als weitverbreitete Kennzahl für die Rentabilität des eingesetzten Kapitals verwendet. Über fünf Jahre verglichen die Wissenschaftler den ROA jener Unternehmen, die Bilanzierungsspielräume offensiv nutzten, um die Gewinne zu erhöhen, mit dem jener, die das nicht taten. Wenig überraschend, wies die Gruppe der Unternehmen mit „aggressiver“ Bilanzierung im Durchschnitt zunächst einen signifikant höheren ROA auf. Doch der Vorsprung schmolz bereits im zweiten untersuchten Jahr kräftig zusammen. Nach drei bis vier Jahren kehrte sich der Trend um, danach lagen die Unternehmen mit zurückhaltendem Bilanzierungsverhalten im Schnitt klar vorne. <

Quellen: Marc Eulerich, Benjamin Fligge: Aggressive Berichterstattung in deutschen Unternehmen. Der Einfluss der Mitbestimmung auf die Ausnutzung von Bilanzierungs- und Steuergestaltungsspielräumen, Mitbestimmungsreport Nr. 62, Juli 2020 [Download](#)

Robert Scholz: Der Mitbestimmungsindex – MB-ix, in: Mitbestimmung der Zukunft, Mitbestimmungsreport der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 58, April 2020 [Download](#)



MEHR INFOS IM VIDEO

Marc Eulerich und Benjamin Fligge von der Universität Duisburg-Essen erklären im Video, welche Auswirkungen die Bilanz- und Steuergestaltung auf Unternehmen hat und was die Ergebnisse der neuen Studie für die Mitbestimmung bedeuten:

<https://www.youtube.com/watch?v=Vy40lu4k8pE>

Reisebranche in Not

Das Geschäftsmodell vieler Reisebüros und -veranstalter steht seit geraumer Zeit unter Druck, die Arbeitsbedingungen sind oft problematisch. Die Pandemie verschärft die Probleme.

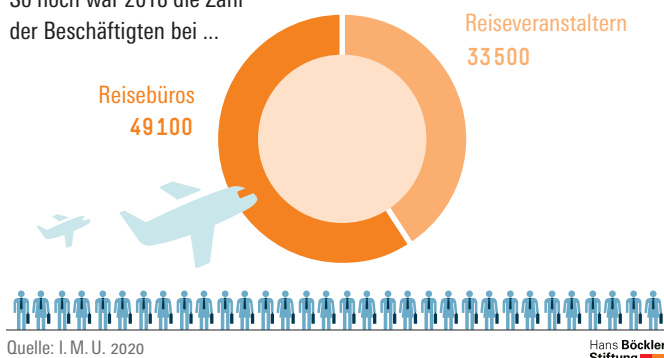
Dass die Reisebranche sich schon vor der Coronakrise in schwierigerem Fahrwasser befand, bewies 2019 die Pleite des Tourismuskonzerns Thomas Cook. Was bei den Reisebüros und -veranstaltern aus Beschäftigtensicht im Argen liegt und wie die Unternehmen die aktuelle wirtschaftliche Situation einschätzen, zeigt ein neuer Branchenmonitor, den Henrik Steinhaus und Stephan Kraft für das I.M.U. erstellt haben. „Die Branche befindet sich wegen der Pandemie in einer existentiellen Krise. Es drohen Insolvenzen, Entlassungen und Geschäftsaufgaben. Nach der Krise wird die Branche lange Zeit mit den Folgen zu kämpfen haben“, so I.M.U.-Branchenexperte Oliver Emons.

Mit über 11000 Reisebüros habe Deutschland eines der dichtesten Netze weltweit, heißt es in dem Papier. Allein dort waren 2018 gut 49100 Menschen beschäftigt, die einen Umsatz von 26,9 Milliarden Euro erwirtschafteten. Hinzu kommen knapp 33500 Beschäftigte und 27,1 Milliarden Euro Umsatz bei den Reiseveranstaltern.

Die insgesamt 82600 Beschäftigten haben es oft nicht leicht: „Die teils ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zeigen sich in Form von schlechter Bezahlung, unbezahlten Überstunden, hohem Stress bei Reiseleitern und permanenter Leistungskontrolle, insbesondere im Call-Center-Vertrieb von Reiseportalen.“ Ein zentrales Manko: Die Tarifbindung ist vergleichsweise niedrig. 2014 arbeiteten 23 Prozent der Beschäftigten bei einem tarifgebundenen Betrieb, in der Gesamtwirtschaft waren es 46 Prozent. Zudem sei die Einhaltung von Arbeitsschutzgesetzen in den vielen Firmen ohne

Über 80 000 Beschäftigte in der Reisebranche

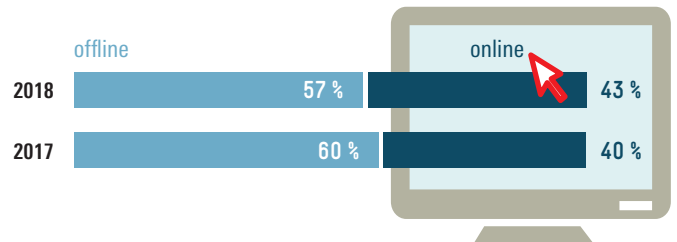
So hoch war 2018 die Zahl der Beschäftigten bei ...



Betriebsrat schwer zu gewährleisten, so die Experten. Die widrigen Arbeitsbedingungen dürften nach ihrer Einschätzung auch verantwortlich für die hohen Abbruchquoten bei den Azubis sein. 2018 haben 26,1 Prozent der angehenden Tourismuskauflleute, 26,9 Prozent der Veranstaltungskauflleute und 22,8 Prozent der Kauflleute für Tourismus und Freizeit ihren Ausbildungsvertrag vorzeitig aufgelöst.

Reisende buchen zunehmend online

So hoch war bei Urlaubs- und Privatreisen in Deutschland der Anteil der Buchungen ...



Eine zusätzliche Belastung stellt der Strukturwandel dar: Digitalisierung und Automatisierung dürften mit Jobverlusten einhergehen, schreiben Steinhaus und Kraft. Zwar seien Reisen 2018 noch zu 57 Prozent offline gebucht worden. Das Geschäft verschiebe sich allerdings mehr und mehr zu den Online-Reiseportalen, was zu einem weiteren Rückgang bei den stationären Reisebüros führen werde.

Hinzu kommen aktuell die drastischen Auswirkungen der Corona-Pandemie: Nach dem Lockdown im März seien praktisch alle Erträge weggebrochen und keine neuen Buchungen erfolgt. Zugleich hätten Stornierungen und Rückzahlungsforderungen für bereits gebuchte Reisen die Bilanzen belastet. Angesichts des weltweiten Konjunkturbruchs sei bis auf weiteres mit weniger Nachfrage von Geschäfts- und Urlaubsreisenden wegen sinkender Budgets zu rechnen.

Die Folge: „Reiseveranstalter und -büros werden um Marktanteile kämpfen, herbe Marktverluste hinnehmen und teilweise um ihre Existenz kämpfen müssen.“ Trotz der umfassenden staatlichen Hilfen deuteten immer mehr Indizien darauf hin, dass viele Unternehmen vor der Insolvenz stehen. Die Autoren verweisen auf eine Ifo-Umfrage unter Reiseveranstalter und -büros aus dem Juli 2020, der zufolge 85 Prozent der Betriebe ihre Lage als sehr kritisch beurteilen. Dass die Situation auch im August 2020 weiterhin sehr angespannt ist, bestätigt eine aktuelle Umfrage des Deutschen Reiseverbandes. Branchenvertreter fordern angesichts der bedrohlichen Lage einen Rettungsfonds mit nicht zurückzahlbaren Zuschüssen zur Deckung der Fixkosten. <

Quelle: Henrik Steinhaus, Stephan Kraft: Branchenmonitor Reisebüros und Reiseveranstalter, Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2020 [Download](#)



Weitere Branchenmonitore unter: <https://www.mitbestimmung.de/html/branchenmonitor-279.html>

Ostdeutschland holt auf

Im Osten Deutschlands steigt der Anteil der Beschäftigten mit Betriebsrat. Es gibt aber immer noch große Lücken in Ost und West bei betrieblicher Interessenvertretung und Tarifbindung.

Der Anteil der Beschäftigten mit Betriebsrat ist in Ostdeutschland zuletzt gestiegen. Das zeigt eine Auswertung von Peter Ellguth und Susanne Kohaut vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die Berechnungen beziehen sich auf privatwirtschaftliche Betriebe mit mindestens fünf Beschäftigten.

Demnach wurden im vergangenen Jahr 36 Prozent der Beschäftigten in Ostdeutschland von einem Betriebsrat vertreten, nachdem der Wert in den Vorjahren bereits auf 33 Prozent abgesunken war. Im Westen lag der Anteil zuletzt relativ konstant bei 41 Prozent. „Es bleibt abzuwarten, ob diese Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland den Beginn einer Angleichung der beiden Landesteile markiert“, schreiben die Autoren.

Auch bei der Verbreitung von Tarifverträgen liegt der Osten noch zurück: In Ostdeutschland arbeiteten im vergangenen Jahr 34 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit

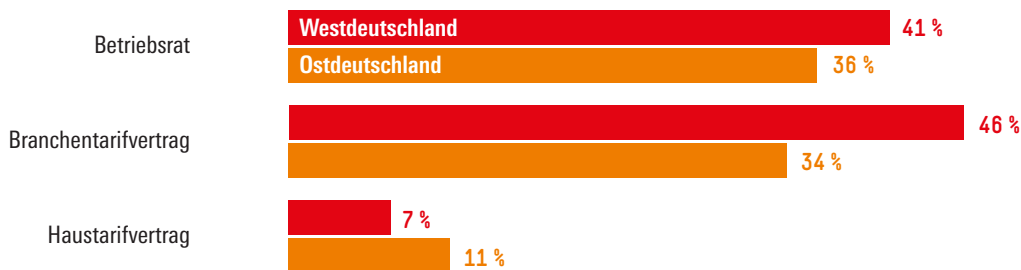
Branchentarifvertrag und 11 Prozent in Betrieben mit Haustarifvertrag. In Westdeutschland lag der Anteil bei 46 Prozent beziehungsweise 7 Prozent.

Das besondere Zusammenspiel von betrieblicher Mitbestimmung und Tarifautonomie spiele eine entscheidende Rolle für die industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik. Allerdings existierten in beiden Landesteilen nach wie vor ausgeprägte „weiße Flecken der Tarif- und Mitbestimmungslandschaft“, so Ellguth und Kohaut. Während in Ostdeutschland 48 Prozent der Beschäftigten weder einen Betriebsrat noch einen Tarifvertrag haben, sind es in Westdeutschland 40 Prozent. Die Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von den „Problemzonen“ der deutschen Privatwirtschaft. <

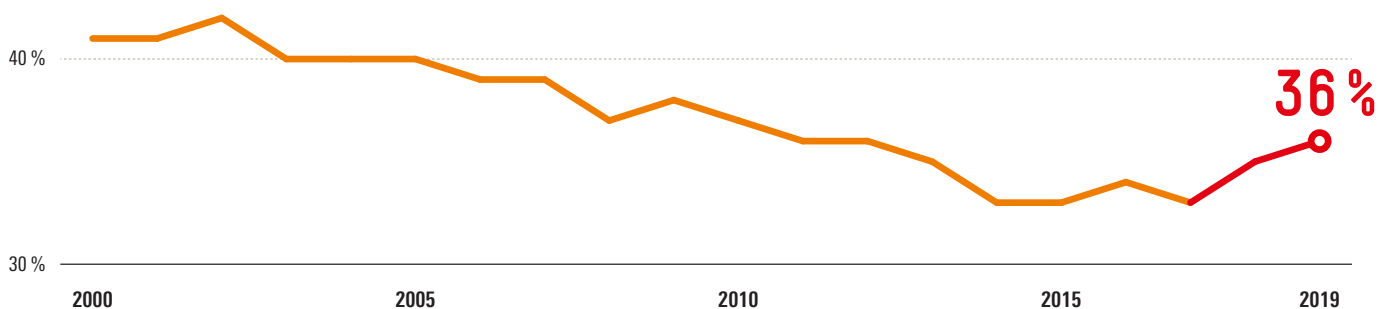
Quelle: Peter Ellguth, Susanne Kohaut: Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2019, WSI-Mitteilungen 4/2020 [Download](#)

Im Westen mehr Betriebsräte und Branchentarifverträge, der Osten liegt bei Haustarifverträgen vorn

Von den **Beschäftigten** in der Privatwirtschaft hatten 2019 einen ...



So entwickelte sich der Anteil der **Beschäftigten mit Betriebsrat** in Ostdeutschland ...



IMPRESSUM

Herausgeber

Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf · Telefon: +49 211 77 78-0

Verantwortlich: Michael Guggemos, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion

Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann

Kontakt

redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-631 · Telefax: +49 211 77 78-4631

Druck und Versand

digiteam · Volkardeyer Straße 1 · 40878 Ratingen

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei

www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an
redaktion-impuls@boeckler.de

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

EINKOMMEN

Arme Bremer

Die Armutsgefährdung ist in allen westlichen Bundesländern und in Berlin in den vergangenen zehn Jahren gestiegen. In den östlichen Bundesländern ist sie dagegen gesunken. Am meisten verschlechtert hat sich die Situation in Bremen, wo die Armutsgefährdung höher ist als in jedem anderen Bundesland. Auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen hat die Gefährdung deutlich zugenommen. Weniger als 60 Prozent des bundesdeutschen Medianeinkommens zur Verfügung hatten in ...

	2019	2009
Bremen	24,9%	20,1%
Nordrhein-Westfalen	18,5%	15,2%
Hessen	16,1%	12,4%

Quelle: Destatis, August 2020

CORONAKRISE

Mehrheit mit Geldsorgen

Aufgrund der Pandemie machen sich um die eigene wirtschaftliche Situation ...



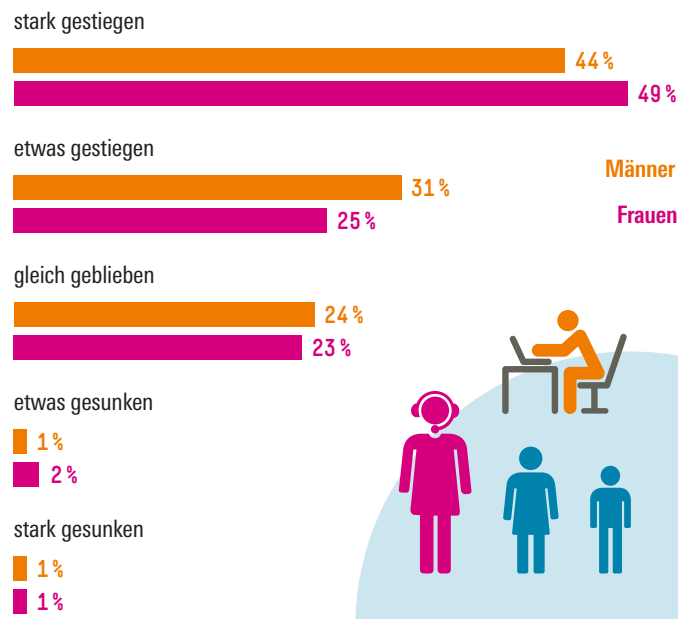
Befragung von 6309 Erwerbspersonen ab 16 Jahren in Deutschland im Juni 2020

Quelle: WSI, Juli 2020

KINDERBETREUUNG

Eltern stark belastet

Aufgrund der fehlenden Kinderbetreuung während des „Lockdown“ ist die Belastung von erwerbstätigen Eltern ...



Quelle: IAB, August 2020

ARBEITSMARKT

Befristungen machen unzufrieden

Mit ihrer Arbeit und ihrem Einkommen sind befristet Beschäftigte häufiger unzufrieden als unbefristet Beschäftigte. Das zeigt die Erwerbstätigenbefragung der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für das Jahr 2018. Fast jeder Vierte der Beschäftigten unter 34 Jahren ist befristet beschäftigt. <

Quelle: BAuA, August 2020